

Antrag

Hannover, den 25.04.2023

Fraktion der AfD

Den Gefahren für die Demokratie entgegentreten - dem Links- und Klimaextremismus keinen Raum geben und analog zu anderen Extremismusformen bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Verständnis für Demokratie ist nicht in allen Teilen der Gesellschaft hinreichend ausgeprägt. Dies gilt besonders für das linke und linksextremistische Spektrum. Linke Militanz ist real und allgegenwärtig. Sie stellt de facto einen Gegenpol zum demokratischen Rechtsstaat dar. Die linke Militanz stellt sich über das Recht und nimmt aufgrund stillschweigender Akzeptanz in weiten Kreisen der etablierten Politik erheblichen Einfluss auf die politische Willensbildung.

Als sogenannte Antifa schafft Linksextremismus ein Klima der Angst und verhindert öffentliche Meinungsäußerungen politisch Andersdenkender. Sie stört die Bürger weitgehend ungestraft dabei, ihre grundgesetzlich garantierten Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wahrzunehmen. Sie entscheidet darüber, ob eine Partei ungestört ihren Parteitag abhalten kann, ob sie Räume für ihre Versammlungen erhält und ob ihre aufgehängten Wahlplakate hängen bleiben.

In ihrer jüngsten Ausprägung in Form von sogenannten Klima-Aktivist:innen maÙt sie sich an, mit Nötigungen durch Straßenblockaden und erheblichen Sachbeschädigungen an Autos und Infrastrukturanlagen den Menschen ihre sektenartige und eindimensionale Denkweise aufzwingen zu wollen. Die folgerichtig bereits in das Visier von Verfassungsschutzbehörden geratene Gruppierung „Ende Gelände“ ist hier ein besonders hervorstechendes Beispiel für diese gefährliche Entwicklung. Doch auch Aktionen anderer Gruppierungen wie der „Letzten Generation“ gehen inzwischen so weit, dass selbst Bundesminister vor der Gefährdung von Menschenleben warnen und Vergleiche zu gewalttätigen politischen Extremisten der 20er- und 30er-Jahre des letzten Jahrhunderts ziehen¹.

Möglich ist dies alles, weil nach wie vor leider Gültigkeit hat, was der Journalist Jasper von Altenbockum bereits im Jahre 2017 in einem Leitkommentar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* vom 10. Juli 2017² zum Ausdruck brachte: „Bislang genoss der Linksextremismus Narrenfreiheit, weil er sich bis weit in bürgerliche Kreise hinein auf eine romantisch-ästhetische Verklärung stützen konnte.“

Unterstützung erfährt der Linksextremismus immer wieder auch aus Teilen der Politik. So sind prominente Politiker der Partei „Die Linke“ wie Katja Kipping, Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen und Pia Zimmermann Mitglieder des linksextremen und vom Verfassungsschutz beobachteten „Rote Hilfe e. V.“³, der verurteilte und mutmaßliche linksextreme Straftäter finanziell unterstützt. Diese linksextreme Organisation, die laut dem Niedersächsischen Verfassungsschutz ihre Mitglieder aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutiert, verweigert jede Distanzierung von linken Straftaten wie auch jegliche Kooperation mit staatlichen Behörden und fordert dies auch von den Straftätern, die durch den Verein unterstützt werden.

¹ Vgl. <https://www.berliner-zeitung.de/news/letzte-generation-berlin-aktionen-proteste-blockaden-demo-alle-infos-newsblog-li.339183>.

² <https://www.faz.net/aktuell/politik/linksextremistische-gewalt-kapitulation-des-staates-15098954.html>.

³ <https://www.vice.com/de/article/4394xw/rote-hilfe-horst-seehofer-verbieten-innenministerium-linksextreme-antifa>.

Auch die Jugendorganisationen von SPD und Grünen unterstützen die „Rote Hilfe“. Auf dem Juso-Bundeskongress 2018 wurde ein Antrag⁴ des damals von Kevin Kühnert geführten Bundesvorstandes mit dem Wortlaut verabschiedet: „Wir solidarisieren uns mit der Roten Hilfe e. V. und sprechen uns gegen das Verbot der Roten Hilfe aus. Wir fordern die SPD auf, das angekündigte Verbot zu verhindern.“ Die niedersächsische Grüne-Parteijugend wandte sich „eindeutig gegen die Kriminalisierung der Roten Hilfe, z. B. durch die Nennung in den Verfassungsschutzberichten“⁵. Anerkannt würden „die Wichtigkeit der Roten Hilfe für alle emanzipatorischen Kämpfe, z. B. gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus, Nationalismus, Kapitalismus und Umweltzerstörung“.

Darüber hinaus bestehen deutschlandweit Verbindungen zwischen der „Roten Hilfe“ und öffentlich geförderten Initiativen und Organisationen, die sich für zivilgesellschaftliche, multikulturelle und ökologische Belange einsetzen. So stellte der öffentlich geförderte „Verein für ein multikulturelles Europa“ in Cottbus der örtlichen „Roten Hilfe“ über Jahre hinweg Räumlichkeiten zur Verfügung⁶.

Bezeichnend auch für den aktuellen Umgang der Landesregierung mit dem Thema Linksextremismus ist, dass in der wichtigen Institution des Landes-Demokratiezentrum⁷ - und damit auch im zuständigen Justizministerium - Präventionsmaßnahmen lediglich für die selbstverständlich ebenso wichtige Bekämpfung von Rechtsextremismus, religiös begründeter Radikalisierung, antimuslimischem Rassismus und Salafismus, nicht aber zur Bekämpfung des Linksextremismus als erforderlich angesehen werden. Folgerichtig befasst man sich in der Präventionsstelle „Politisch Motivierte Kriminalität“ des LKA Niedersachsen vorrangig mit Prävention „gerade im Hinblick auf rechtsextreme und zunehmend auch islamistische Bestrebungen“⁸, vom Linksextremismus liest man erst unter „ferner liefern“ auf einer Unterseite der entsprechenden Internetseite⁹.

Obwohl aus dem Bericht des Bundeskriminalamts „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021“¹⁰ hervorgeht, dass es mehr politisch motivierte Gewalttaten (insbesondere Körperverletzungen und Tötungsdelikte) aus dem Phänomenbereich PMK -links- als aus dem Phänomenbereich PMK -rechts- gab und im Deliktfeld Sachbeschädigungen gar 5 717 Fälle von PMK -links- zu 1 176 Fällen PMK -rechts- ausgewiesen werden, findet man auf der entsprechenden Veröffentlichungsseite des BKA im Internet seitenmittig lediglich den Link „Politisch motivierte Kriminalität -rechts-“; ein entsprechender Link „Politisch motivierte Kriminalität -links-“ ist nicht vorhanden.

Die unübersehbare Ungleichbehandlung des Linksextremismus durch die Landesregierung im Vergleich zu anderen Extremismusformen ist überdies auch an der ungleichen Verteilung der Mittel des Landeshaushalts zur Extremismusbekämpfung und an der Anzahl der in diesen beiden Bereichen jeweils geförderten Projekten und Initiativen abzulesen.

Das deutliche Ungleichgewicht zwischen der robusten staatlichen Abwehrbereitschaft gegenüber dem Rechtsextremismus im Vergleich zur halbherzigen bis nicht vorhandenen Abwehrbereitschaft gegenüber dem Linksextremismus offenbart ein inakzeptables, relativistisches Demokratieverständnis. Die selektive und unterschiedliche Wahrnehmung und Behandlung von Rechts- und Linksextremismus führen in der Folge zur Verharmlosung des Linksextremismus. Hier muss entschieden gegengesteuert werden.

⁴ https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/06/z3_solidaritaet-mit-der-roten-hilfe.pdf.

⁵ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230577799/Rote-Hilfe-Antifa-Wie-die-linksradikale-Szene-Gewalttaeter-foerdert.html>.

⁶ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linksextremistische-organisation-rote-hilfe-findet-immer-mehr-unterstuetzung-15260420.html>.

⁷ <https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektetails/landes-demokratiezentrum-niedersachsen-109>.

⁸ https://www.kipni.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/ueber_kip_ni/beteiligte_institutionen/praeventionsstelle_politisch_motivierte_kriminalitaet/praeventionsstelle-politisch-motivierte-kriminalitaet-ppmk-im-landes-kriminalamt-156217.html.

⁹ https://www.lka.polizei-nds.de/startseite/pravention/politisch_motivierte_kriminalitat/.

¹⁰ https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/220510_PMK_PK.html.

Der Landtag stellt fest, dass es auch in Niedersachsen eine demokratiegefährdende, gewaltbereite linksextreme Szene gibt, die sich in den letzten Jahren verstärkt radikalisiert hat und insbesondere in Wahlkampfzeiten verschiedene Aktionen (systematische Zerstörung von Wahlplakaten, Blockieren von Info-Ständen, Stören von Wahlkampfveranstaltungen usw.) gegen politische Gegner und Andersdenkende durchgeführt hat.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, mit dem gewährleistet werden soll, dass zukünftig Wahlkämpfe, Parteiversammlungen und Parteiveranstaltungen in Niedersachsen wieder von allen Parteien gleichberechtigt nach demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien und ungestört durchgeführt werden können,
2. ein Konzept zu entwickeln und die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, Einsatzkosten, die im Zusammenhang mit Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die vorsätzlich im Rahmen von politischen Aktionen und Demonstrationen begangen werden, entstehen, den Tätern in Rechnung zu stellen,
3.
 - a) sich vom Verein „Rote Hilfe e. V.“ und allen diesem zugehörigen Vereinen und sonstigen Gruppierungen zu distanzieren und bei Vorliegen der Voraussetzungen Verbotsverfügungen zu erlassen und die Auflösung der jeweiligen Vereine anzuordnen,
 - b) die zuständigen Finanzbehörden anzuweisen, die Gemeinnützigkeit des „Rote Hilfe e. V.“ und der diesem zuzurechnenden Vereine unverzüglich zu prüfen, insbesondere im Hinblick auf den „Hans-Litten-Archiv e. V.“,
 - c) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Verbote des „Rote Hilfe e. V.“ und diesem zuzurechnenden Vereinen geprüft und umgehend umgesetzt werden;
4. die Fachministerien mit der Prüfung zu beauftragen, ob und gegebenenfalls welche linksextremen Akteure, Gruppierungen oder Initiativen direkt oder indirekt Fördermittel aus dem Landeshaushalt erhalten haben (durchzuführen ist hierzu eine umfassende Bestandsaufnahme hinsichtlich aller Förderungen durch öffentliche Gelder und Fördertöpfe),
5. zur Verhinderung der Unterstützung extremistischer Strukturen zukünftig alle Förderungen im Zusammenhang mit Extremismusbekämpfung unter den Vorbehalt der Unterzeichnung einer Demokratieklausel durch den Empfänger zu stellen, in welcher dieser sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, zur Meinungsvielfalt im politischen Spektrum und in der Gesellschaft sowie zur vorbehaltlosen Toleranz gegenüber jedweder nicht verbotenen Partei zu bekennen hat und eine ausschließlich den Zielen und Werten des Grundgesetzes förderliche Verwendung der Fördermittel verspricht,
6. empirische Daten zu linksextremistischen Einstellungen und Aktivitäten, insbesondere mit Bezug zur „Antifa“ und zur autonomen Szene an den niedersächsischen Hochschulen erheben zu lassen, um hierdurch das große Forschungsdefizit in diesem Bereich abzubauen, sowie Fördermittel zur Erforschung des Linksextremismus bereitzustellen, dies auch im Rahmen von Programmen für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen,
7. über das Landes-Demokratiezentrum Maßnahmen und Programme zu unterstützen und zu initiieren, die zu einer differenzierten Analyse und wirkungsvolleren Bekämpfung von Linksextremismus beitragen, und zu diesem Zweck Mittel aus dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ bereitzustellen und
8. über das Justizministerium ein Aussteigerprogramm „Aussteigerhilfe-Links“, analog zu dem Aussteigerprogramm „Aussteigerhilfe-Rechts“, ins Leben zu rufen und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten.

Begründung

Die politisch motivierten Straftaten haben auch in Niedersachsen erheblich zugenommen. Für das Jahr 2021 wurde ein Anstieg um 38 % auf 5 010 Taten verzeichnet, wobei über ein Viertel im Zusammenhang mit in Niedersachsen durchgeführten Wahlen stand. Bei den deutlich angestiegenen und besonders gefährlichen Gewaltdelikten fällt auf, dass diese insbesondere durch linksmotivierte Täter geprägt sind und u. a. durch mehrere Brandstiftungen, darunter einer schweren bezüglich eines Mehrfamilienhauses, ein nicht mehr tolerierbares Ausmaß angenommen haben.

Sogenannte Klimaaktivisten, die sich an Straßen festkleben, verursachen erhebliche Einsatzkosten, wenn Einsatzkräfte ausrücken müssen, um die Personen von dem Straßengrund zu lösen und von der Verkehrsfläche zu entfernen und so den Straßenverkehr wieder zu ermöglichen. Mehrere Bundesländer sind bereits dazu übergegangen, den Tätern die Einsatzkosten in Rechnung. Dies muss auch in Niedersachsen ermöglicht werden, um potenzielle Täter abzuschrecken und damit diese wieder auf den Boden des Rechtsstaates zurückkehren und ihre politischen Anliegen gesetzeskonform artikulieren.

Zu einem der wichtigsten Akteure aus dem linksextremistischen Spektrum gehört die in Niedersachsen ansässige „Rote Hilfe“. Der eingetragene Verein unterstützt straffällig gewordene Extremisten juristisch und finanziell und bietet ihnen Rückhalt. In Niedersachsen ist der Verein zudem mit fünf Ortsgruppen vertreten. Laut Verfassungsschutz Niedersachsen ist dem Verein auch der in Göttingen beheimatete „Hans-Litten-Archiv e. V.“ strukturell zuzuordnen, der auf seiner Internetseite¹¹ um steuerabzugsfähige Spenden wirbt.

Aktuelles Beispiel für die extremistische Gesinnung der „Roten Hilfe“ ist ihre unverhohlene Sympathie für die linksmotivierten Gewalttäter um Lina E.¹², die auch als „Hammerbande“ bezeichnet werden. Gegen Lina E. und weitere Linksextremisten wird seit dem 8. September 2021 vor dem Oberlandesgericht Dresden wegen der Mitgliedschaft in einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung und wegen gefährlicher Körperverletzungen ermittelt. Den politischen Extremisten werden mindestens sechs Überfälle auf Personen, die sie als politische Gegner ansehen, zur Last gelegt. Hierbei gehen sie außerordentlich brutal vor und schrecken vor dem Zertrümmern von Knöcheln, Knien und Tritten auf den Kopf nicht zurück. Internationale Aufmerksamkeit erregten Vorfälle im ungarischen Budapest, bezüglich derer der Verlobte der Hauptangeklagten Lina E. und zwei weitere Personen aus deren Umfeld als Tatverdächtige der Gewaltausbrüche gelten, in deren Verlauf mutmaßliche Teilnehmer einer Veranstaltung angegriffen und schwer verletzt wurden. Die Straftäter können sich auf ein Unterstützerumfeld verlassen, das ihnen beim Untertauchen hilft. Nach Einschätzung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht die Gruppierung an der Schwelle zum Terrorismus¹³.

Nicht zuletzt aufgrund der historischen Erfahrung ist eine wehrhafte Demokratie gegen alle Formen des Extremismus rechtzeitig in Stellung zu bringen, um terroristische Ansätze im Keim zu ersticken, anstatt die Finanzierung ihrer Gruppierungen auch noch durch steuerliche Vorteile zu erleichtern. Daher müssen die zuständigen Finanzämter unverzüglich prüfen, ob gegebenenfalls erfolgte Anerkennungen der Gemeinnützigkeit einschlägiger Gruppierungen zu entziehen sind.

Politischer Extremismus ist in jeder Form abzulehnen. Während der Rechtsextremismus hervorragend erforscht ist und weiterhin erforscht wird, besteht im Bereich des linken Extremismus erheblicher Nachholbedarf. Extremisten versuchen, bis in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen und versuchen, ihre Anhänger bereits seit Jahren auch unter sogenannten Klimaaktivisten und „Seenotrettern“ zu rekrutieren¹⁴. Sowohl Wissenschaft als auch Polizei und Verfassungsschutz haben nur un-

¹¹ <https://www.hans-litten-archiv.de/verein/spenden>.

¹² Vgl. <https://www.rote-hilfe.de/news/bundesvorstand/1234-endspurt-in-der-justizfarce-beweisaufnahme-im-antifa-ost-verfahren-abgeschlossen>.

¹³ Vgl. <https://www.ardmediathek.de/video/fakt/fall-lina-e-wird-linksextremismus-unterschaetzt/das-erste/Y3JpZDovL21kci5kZS9iZW10cmFnL2Ntcy8xYTMwMDA4OC0xYTU0LTQ4YWY-tOGI4ZC1mNDU5MMDM5OTYwZmU>.

¹⁴ Vgl. <https://jungle.world/artikel/2019/42/ein-traditionsverein-frischt-auf?page=all>.

zureichende Erkenntnisse über Strukturen und Organisationsformen bei Linksextremisten. Die Wissenslücken gehen so weit, dass selbst im Rahmen von Fachtagungen manche Wissenschaftler nicht einmal in der Lage sind, Linksextremismus zu definieren¹⁵.

Eine wichtige Rolle in der Aufarbeitung und Verfolgung linksextremistischer Gewalttaten spielen daher Personen aus diesem Milieu. Diejenigen, die sich aus der linksextremistischen Szene lösen wollen, müssen eine angemessene Unterstützung erfahren. Wie wichtig eine Begleitung derjenigen ist, die sich aus oftmals kriminellen linken Strukturen lösen wollen, zeigt der Fall des gegen Lina E. aus sagenden Kronzeugen, der sich Morddrohungen durch seine ehemaligen Gesinnungsgenossen ausgesetzt sieht¹⁶.

Auch Niedersachsen steht in der Verantwortung, vor diesem Hintergrund nicht nur Rechts-, sondern ebenso Linksextremisten in das Blickfeld zu nehmen. So haben nicht nur der Verein „Rote Hilfe e. V.“ und der ihm zugehörige „Hans-Litten-Archiv e. V.“ im niedersächsischen Göttingen ihre Sitze, sondern es stammt auch mindestens ein mutmaßliches Mitglied der Hammerbande gebürtig aus Hildesheim. Zudem fand am 1. April 2023 im hannoverschen „Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße“ eine Vortragsveranstaltung über das „Antifa-Ost¹⁷-Verfahren“ unter Beteiligung der „Roten Hilfe“ statt¹⁸. In Bremen haben Sympathisanten oder Mitglieder dieser Gruppe am 20. April 2023 ein Polizeirevier gewaltsam angegriffen und erhebliche Schäden verursacht¹⁹. Seit Jahren kommt es auch in Niedersachsen, insbesondere in der Landeshauptstadt Hannover, zu überfallartigen und äußerst brutalen Angriffen, die mutmaßlich auf das Konto von organisierten Linksextremisten gehen und bei denen die Tötung der Opfer zumindest billigend in Kauf genommen werden²⁰. Daher ist mit den geforderten Maßnahmen alles daran zu setzen, weitere Gewaltexzesse in Niedersachsen zu verhindern.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

¹⁵ <https://taz.de/Linksextremismus-in-Niedersachsen/!5862525/>.

¹⁶ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/linker-aktivist-wird-kronzeuge-morddrohungen-aus-der-szene,TG6RibM>.

¹⁷ So die Selbstbezeichnung der Gruppe um Lina E., vgl. <https://www.soli-antifa-ost.org/>.

¹⁸ Vgl. <https://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/termine/321809/antifa-ost-verfahren-8230-ein-vortrag-ujz-korn-hannover.html>.

¹⁹ Vgl. <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/35235/5491523>.

²⁰ Vgl. <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2014/polizei-ermittelt-gegen-linksextremisten-wegen-ver-sucher-toetung/>; <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/66841/5249415>; <https://taz.de/Linksextremismus-in-Niedersachsen/!5862525/>.